



WOCHENRÜCKBLICK



Freie Medien lassen sich nicht vom Staat finanzieren

Wie das Nachrichtenportal Nius berichtet, erhält die Deutsche Presseagentur (DPA) bis zu einer Million Euro Haushaltsmittel in einem Jahr allein aus dem Bundesinnenministerium. Die DPA gilt als das zentrale Nervensystem der deutschen Medienlandschaft und versorgt unzählige Medien mit Berichten und Informationen.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kritisiert die staatliche Finanzierung dieser Institution als Gefahr für die Meinungsfreiheit und -vielfalt:

„Früher galten freie, staatsunabhängige Medien als Rückgrat der Demokratie, als vierte Gewalt, die staatliches Handeln zusätzlich überwacht. Aber wie soll das funktionieren, wenn man von staatlichen Mitteln abhängig gemacht wird? Gerade in einer Zeit, in der seitens der Bundesregierung nahezu täglich Angriffe auf die Meinungsfreiheit stattfinden, der zulässige Meinungskorridor immer enger wird und Fehler der Regierenden dramatische Ausmaße annehmen, ist es nicht hinnehmbar, wenn durch den Staat Millionenbeträge in Medien fließen.“



Aktuelle Videos



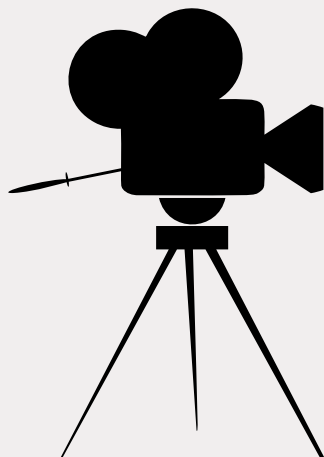
Wir leben das Grundgesetz



Völker der Welt: Schaut auf diesen Staat!



**Hassen sie Deutschland?
5 Fragen - 5 Antworten**



**STEPHAN
BRANDNER**

4

Meine Termine in der 11. KW

11

- Bundesvorstandssitzung
- Fraktionsvorstandssitzung
- Sitzung der Landesgruppensprecher
- Mitarbeiterbesprechung

12

- Arbeitskreis Recht
- Arbeitskreis Wahlprüfun, Immunität, Geschäftsordnung
- Landesgruppensitzung Thüringen
- Sitzung der Arbeitskreisleiter
- Fraktionssitzung
- Abendveranstaltung

13

- Rechtsausschuss
- Geheimschutzstelle
- Dienst als Parlamentarischer Geschäftsführer
- Fragestunde

14

- Dreh 5 Fragen - 5 Antworten
- Ältestenrat
- Dienst als Parlamentarischer Geschäftsführer
- Reden zu Bürokratie und Klagen der AfD gegen die Regierung

15

- Interview ZDF
- Büroarbeit
- Plenarteilnahme

16

- Infostand
- Kreisparteitag
- Sportlerball Altenburger Land



Stephan Brandner

AfD



STEPHAN
BRANDNER

5

Plenarimpressionen



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche 13. März 2024

Fragestunde zum Geschäftsbereich Arbeit und Soziales

Stephan Brandner fragt am Mittwoch im Rahmen der Fragestunde: „Die Situation in Deutschland wird ja immer dramatischer: 40 Prozent der Rentner haben weniger als 1 250 Euro im Monat zur Verfügung, etwa 25 Prozent weniger als 1 000 Euro im Monat. Das muss man sich einmal vorstellen: 1 000 Euro ist das, was Bundestagsabgeordnete an Rentenanspruch erwerben, wenn sie vier Jahre im Bundestag waren. Das haben sehr viele Rentner in Deutschland nach Jahrzehnten harter Arbeit nicht in ihrem Säckel. Das ist ein Skandal sondergleichen. Sie sind dann beispielsweise auf Flaschensammeln oder auf Arbeit nebenher angewiesen. Das ist eine dramatische Situation in Deutschland. Was sagen Sie Menschen, die am Ende ihres Arbeitslebens von der Hand in den Mund leben müssen? Und finden Sie es vertretbar, dass die Situation in Deutschland so ist?“ Anette Kramme, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, antwortet: „... Wenn ich den Bezug einer Rente erst nach 15 Jahren gestatte, wäre auch in Deutschland die Rentenzahlung weitaus höher... Davon abgesehen: Alles in diesem Politikbereich ist wunderbar dokumentiert. Man kann, wenn man will, alles nachlesen.“

Aktuelle Stunde - Plenum befasst sich mit der Abhöraffaire bei der Bundeswehr

Das abgehörte Telefonat hochrangiger Bundeswehroffiziere über den Marschflugkörper Taurus beschäftigt weiterhin den Bundestag. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der Fraktion der AfD mit dem Titel „Taurus-Abhörskandal in der Bundeswehr“ trat am Mittwoch neben Forderungen nach einer konsequenten Aufarbeitung des Vorgangs erneut ein Schlagabtausch zu der Frage, ob Deutschland der Ukraine dieses Waffensystem zur Abwehr des russischen Aggressors zur Verfügung stellen sollte. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte am Vormittag in der Befragung der Bundesregierung sein Nein zur Taurus-Lieferung nochmals bekräftigt und dies mit den Sicherheitsinteressen Deutschlands begründet.

Rüdiger Lucassen (AfD) monierte eine riesige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die Bundesregierung führe das große Wort Zeitenwende im Munde, bekomme aber den eigenen, engsten Bereich nicht unter Kontrolle. Der Abhörskandal habe einen enormen Schaden angerichtet. Die beteiligten Offiziere hätten Staatsgeheimnisse Deutschlands und anderer Nationen ausgeplaudert, „und dies alles in einem Ton, als ob es sich um irgendein Spiel handeln würde“. Richtig bleibe das „Machtwort des Bundeskanzlers: Nein zum Taurus.“



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche 14. März 2024

Debatte zu den Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Der Bundestag hat am Donnerstag zu drei Organstreitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht debattiert. Dazu sagte Stephan Brandner in seiner Rede: „Wir wollen einfach nur diese drei Fälle, die Gegenstand der Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht werden, hier mal ganz klar benennen: Bundeskanzler, Bundeswirtschaftsminister und Bundesfamilienministerin haben Machtmissbrauch betrieben, haben das Grundgesetz mit Füßen getreten: Artikel 21 Absatz 1 des Grundgesetzes, die Chancengleichheit der Parteien. Wodurch? Dadurch, dass sie hier als Regierungsmitglieder eine Partei, die stark im Parlament vertreten ist, schlicht und ergreifend verunglimpft haben. Das wirft einen Blick auf diesen Staat. Wäre ich Ernst Reuter, würde ich sagen: Völker der Welt, schaut auf diesen Staat! – Was ist los hier in Deutschland? Die Regierung bekämpft aus den Ministerien heraus die Opposition. Sie wird unterdrückt, ausgeschlossen von tragenden Ämtern hier im Parlament: Vizepräsident, Ausschussvorsitzende. Sie brechen permanent das Recht. Sie hetzen 17 Geheimdienste auf die Oppositionspartei AfD: das Bundesamt für Verfassungsschutz und 16 Verfassungsschutzämter. Sie hetzen 17 Innenministerien auf die AfD: das Bundesinnenministerium und 16 Ministerien in den Ländern. Das sind Tausende von Mitarbeitern; Milliarden Euro werden verbraucht und rausgeworfen, um eine Oppositionspartei zu bekämpfen. Das ist der Zustand in Deutschland.

Die Regierung ruft auf – die Regierung, die uns hier verunglimpft – zu Protesten draußen, zu Demonstrationen gegen die Opposition. Das sind totalitäre Züge, die dieser Staat inzwischen angenommen hat. Und das müssen die Menschen, die Völker der Welt, die heute hoffentlich auf diesen Staat schauen, einmal mitbekommen. Das ist keine Vorzeigedemokratie. Das ist inzwischen ein totalitärer Staat geworden, in dem Machtmissbrauch von oben betrieben wird, um die einzige Oppositionskraft im Deutschen Bundestag überall zu bekämpfen“

Recht - Union scheitert mit Antrag zum Bürokratieabbau

Mit der Koalitionsmehrheit hat der Bundestag am Donnerstageinen Antrag der CDU/CSU abgelehnt, mit dem die Fraktion eine „Agenda für Bürokratieabbau“ forderte.

Stephan Brandner sagte dazu in seiner Rede: „Bemerkenswert war bei der Anhörung, an der ich teilgenommen habe, dass dem Vertreter des Handwerks auf meine Frage, auf welche Gesetze er denn verzichten könne, gar keins einfiel. Er hatte vorher noch die existenzbedrohende Bürokratie in Deutschland kritisiert. Und als man ihn dann gefragt hat, fiel ihm nichts ein. Wir als AfD haben Lösungen für eine rasche Entbürokratisierung, und zwar ganz viele. Ich fange mal an – mal gucken, wie weit ich in meiner Redezeit komme –: Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen; wir haben die Reform der Genfer Flüchtlingskonvention – heimatnahe Unterbringung von Flüchtlingen – NetzDG kann weg; Hinweisgeberschutzgesetz kann weg; Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz kann weg; Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre kann weg; Grundsteuer kann weg; Solidaritätszuschlag kann weg; Erbschaft- und Schenkungsteuer kann weg; Luftverkehrsteuergesetz kann weg; IPSAS-Rechnungslegung kann weg; Brennstoffemissionshandelsgesetz kann weg; Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung kann weg; Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung kann weg; Verordnung über die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern kann weg; Lieferkettensorgfaltsgesetz kann weg; Aufhebung des Trennungsgrundsatzes in den Artikeln 87a und 87b des Grundgesetzes – Bundeswehr und Beschaffung –, kann weg; Streichung der neuen Regelung für vereinfachte Entlassungen von Soldaten; Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie für Soldaten kann weg; Streichung der Zivilklausel in Universitäten kann nicht weg – soll ja gestrichen werden –; Selbstbestimmungsgesetz kann weg – sollte gar nicht eingeführt werden –; das Demokratiefördergesetz brauchen wir auch nicht; (...)



STEPHAN BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche 15. März 2024

Inneres - Antrag gegen linksextremistische Gewalt

Der Bundestag hat sich am Freitag mit einem Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Linksextremistische Gewalt konsequenter bekämpfen – Unterwanderungen von Organisationen verhindern und mehr Transparenz bei Gefährdungslagen sicherstellen“ befasst.

In ihrem Antrag fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, zeitnah einen personell großzügig ausgestatteten Personalkörper zur effektiven Bekämpfung des Linksextremismus im Bundesamt für Verfassungsschutz und im Bundeskriminalamt einzurichten. Damit sollen nach den Vorstellungen der Fraktion „insbesondere bundesländerübergreifende linksextreme Netzwerkstrukturen, die nicht zuletzt auch ein gezieltes Untertauchen von gesuchten Linksextremisten ermöglichen“, aufgedeckt und mögliche Unterwanderungen von Behörden in Bund und Ländern sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen durch Linksextremisten überprüft werden. Auch soll sich die Bundesregierung dem Antrag zufolge im Rahmen der Innenministerkonferenz sowie der Justizministerkonferenz für ein „nachhaltiges, gemeinsames und bundesweit einheitliches Vorgehen gegen die gewaltbereite linksextremistische Szene“ einsetzen. Zudem dringt die Fraktion unter anderem darauf, gegen ausländische Serverbetreiber linksextremistischer Plattformen im Internet vorzugehen mit dem Ziel der Verbesserung strafrechtlicher Ermittlungen, um weitere Radikalisierungen zu unterbinden.

Aktuelle Stunde zu Migration in Deutschland

Die CDU/CSU-Fraktion ist am Freitag im Bundestag mit einem Forderungskatalog zur Migrationspolitik der „Ampel“-Koalition gescheitert. In der Vorlage forderte die Unionsfraktion die Bundesregierung auf, die migrationspolitischen Beschlüsse aus der Besprechung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit den Regierungschefs der Länder vom 6. November 2023 vollständig umzusetzen. Insbesondere sollte die Bundesregierung danach für einen wirksamen Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union die EU-Grenzschutzagentur Frontex operativ stärken und sich mit Einsatzkräften an der Unterstützung der besonders betroffenen Außengrenzstaaten beteiligen. Ferner sollte sie sich dem Antrag zufolge auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die EU-Staaten mit Außengrenzen ihre Zuständigkeit für die Registrierung von irregulär Einreisenden und Schutzsuchenden auch tatsächlich wahrnehmen, dass die Verantwortung innerhalb der EU solidarisch verteilt wird und dass funktionierende Regelungen nach dem Dublin-Verfahren etabliert werden.

Christian Wirth (AfD) sagte, die Einhaltung der Bund-Länder-Beschlüsse sollte selbstverständlich sein, scheitere aber etwa bei der Bezahlkarte wieder an den Grünen. Der Antrag der Union sei allerdings eine „Dokumentation ihres Scheiterns seit 2015“. Notwendig sei, die Migration für mindestens zehn Jahre „auf Null“ zurückzuführen.



STEPHAN
BRANDNER

Infostand am Samstag in Gera



STEPHAN BRANDNER

Kreisparteitag in Gera



PIC•COLLAGE



STEPHAN BRANDNER

Sportparty Altenburg



PIC·COLLAGE



STEPHAN BRANDNER

Kommende Termine

Herzliche Einladung an alle Vereine im Landkreis Greiz am

26. März 2024

Anmeldung unter: stephan.brandner.ma11@bundestag.de



Herzliche Einladung an alle Vereine im Landkreis Altenburger Land am

27. März 2024

Anmeldung unter: stephan.brandner.ma02@bundestag.de



Rechtsstaat auf dem absteigenden Ast

Dienstag, 19. März

19.00 Uhr

Einlass ab 18.30 Uhr

Schlindein Stuben
Altenbürgstr. 6
Karlsdorf-Neuthard

Stephan Brandner

Mitglied des Bundestages
Stellvertretender Bundessprecher

AfD | Kreisverband
Karlsruhe-Land



Dieses Jahr: AfD wählen!

**26. März 2024
19:00 Uhr
Gemeindehaus
Großbebersdorf**

**KLARTEXT:
Für die Umgehungsstraße -
Gegen Windkrafttröder**

Thomas Trommer, Direktkandidat, und Stephan Brandner, MdB

Bitte anmelden unter:
thomashoffmann@afd-altenburger-land.de

**27. März 2024
19:00 Uhr
Schmölln**

**KLARTEXT:
Handwerk und
Mittelstand fördern**

Thomas Hoffmann, Direktkandidat, und Stephan Brandner, MdB



23.03.2024 19 Uhr



Harmonie Heilbronn
Allee 28, 74072 Heilbronn



Sprechstunde

April

17

**Wahlkreisbüro
Gera**

Anmeldung unter
stephan.brandner.ma04@bundestag.de



**STEPHAN
BRANDNER**

Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Di bis Do: 10-17
Uhr**

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Do und Fr: 10-17
Uhr**

Wahlkreisbüro Altenburg
Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Mo und Mi: 10-17
Uhr**








Wahlkreisbüro Zeulenroda
Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Mo und Do: 10-17
Uhr**

Wahlkreisbüro Sömmerda
Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda
Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do: 10-14 Uhr



Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd
-  <https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r>

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEF1JEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner

An advertisement featuring a photograph of Stephan Brandner on the right side. On the left, there is a large question mark icon. The text reads: "Sie haben Fragen an mich? Schnell über www.abgeordnetenwatch.de stellen und auch andere davon profitieren lassen!" At the bottom, the website "www.stephan-brandner.de" is listed, along with a small logo for "Alternative für Deutschland".

Sie haben Fragen an mich?
Schnell über www.abgeordnetenwatch.de stellen und auch andere davon profitieren lassen!
www.stephan-brandner.de